UNIVERSITY OF CALIFORNIA
AT LOS ANGELES

Vormittags-Ausgabe.

Deutsches Nachrichtenbüro G.m.b.H.

(Als Manuskript gedruckt. Nachdruck und jede Art Verbreitung ohne Vereinbarung untersagt. Ohne alle Gewähr.)

3. Jahrg. 1936	Berlin, Donnerstag, 17. September	Nr. 1204

Dänische Provinzblätter über Nürnberg.

Kopenhagen, 17. September. Eine Reihe dänischer Provinzblätter hat sich in den letzten Tagen im Zusammenhang mit den Ausführungen des Führers und Reichsministers Dr. Goebbels gegen den Bolschewismus mit der bolschewistischen Gefahr beschäftigt.

Dabei erklärte die in Odense erscheinende konservative **Fyens Stiftstidende**, daß die von Dr. Goebbels der Oeffentlichkeit vorgelegten Beweise ein Beispiel nach dem anderen für die Folgen der Pläne der Dritten Internationale geliefert und auf jeden anständig denkenden Menschen in der Welt als eine beispiellos ernste Warnung gewirkt hätten. Wenn der nachweislich von Moskau geleitete Kommunismus sich in die politischen Verhältnisse anderer Länder einmische, gehe dies alle an. Gegen den schamlosen Angriff der Dritten Internationale auf die Ruhe und den Frieden Europas, ja der ganzen Welt, müsse in jedem einzelnen Land der Kreuzzug zum Schutze der nationalen Werte kultureller, wirtschaftlicher und sozialer Art eingeleitet werden.

Die ebenfalls konservative **Jyllandsposten** in Aarhus stellt fest, daß der Abschluß des Parteitages mit dem Organisationstalent vorbereitet gewesen sei, das das neue Deutschland auszeichne. Auf die Ausführungen des Führers gegen den Bolschewismus eingehend erklärt das Blatt, daß Hitler seine Pflicht tue, einmal, indem er ganz allgemein auf die Gefahr aufmerksam mache, zum anderen, indem er Deutschland instand setze, dieser Gefahr Widerstand zu leisten. Besonders beachtlich an Hitlers Ausführungen seien seine wiederholten und unzweideutigen Friedenswünsche. Für ihn sei der Bolschewismus der Hauptfeind, mit dem er es unmöglich sei, sich abzufinden.

Deutschland habe in den letzten Jahren die Erfüllung der meisten seiner nationalen Wünsche erzielt und es fehle nur noch die Erfüllung zweier allerdings sehr bedeutsamer Forderungen, nämlich nach Rückgabe der Kolonien und Revision der schlimmsten Unmöglichkeiten der Grenzziehung von Versailles. Seien diese Fragen erst zufriedenstellend geregelt, dann wünsche Deutschland nichts mehr. Dann könne es als voll gleichberechtigter Staat an der europäischen Zusammenarbeit teilnehmen und glaube selbst an dieser Zusammenarbeit wesentlich beitragen zu können.

Es möge vielen unangenehm in den Ohren klingen, wenn man Deutschland als Apostel der Zivilisation und der Zusammenarbeit bezeichne. Dies hindere jedoch nicht, daß Hitlers Worte aufrichtig gemeint seien. Auch könne man seinen Augenblick daran zweifeln, daß Deutschland hinter seinen Forderungen stehe.

Außenminister-Zusammenkunft in Wien.

Rom, 16. September. Bei den Unterredungen, die der österreichische Staatssekretär Dr. Schmidt mit Mussolini und dem Grafen Ciano hatte, wurde mit voller Zustimmung der ungarischen Regierung beschlossen, demnächst in Uebereinstimmung mit den Römischen Protokollen eine Zusammenkunft der Außenminister Italiens, Oesterreichs und Ungarns nach Wien einzuberufen.

Tagung des Europäischen Nationalitäten-Kongresses in Genf.

Genf, 16. September. Der Europäische Nationalitätenkongreß, in dem die verschiedenen hauptsächlich durch die Friedensverträge unter fremde Herrschaft geratenen Volksgruppen zusammengeschlossen sind, ist Mittwoch nachmittag unter dem Vorsitz des ehemaligen slowakischen Abgeordneten im italienischen Parlament, Dr. Wilfan, zu seiner 12. Jahrestagung zusammengetreten. Vertreten sind u. a. deutsche Gruppen aus Ungarn, Polen, Estland, der Tschechoslowakei und Dänemark, ungarische Gruppen aus Rumänien, Jugoslawien und der Tschechoslowakei, russische Gruppen aus Estland und Rumänien, verschiedene slawische Gruppen aus Oesterreich, ferner die polnischen Ukrainer und die Katalanen.

Der Kongreß begann seine Tagung mit der Ehrung des Andenkens des im April auf einer Weltreise verstorbenen verdienstvollen Generalsekretärs des Kongresses, Dr. Ewald Ammende. Sein Lebenswerk als unermüdlicher Vorkämpfer der Volksminderheiten und des Gedankens der überstaatlichen Volksgemeinschaft wurde von Dr. Wilfan sowie von dem Vertreter der ungarischen Minderheit in der Tschechoslowakei, Abgeordneten von Szüllö und dem deutschen Abgeordneten im estländischen Parlament Haselblatt, der als Landsmann des Verstorbenen sprach, gewürdigt. Das Amt des Generalsekretärs wurde vorläufig dem deutschen Minderheitenpolitiker Ferdinand von Merkuell (Lettland) übertragen.

Ueber das Hauptthema der gegenwärtigen Tagung, das Lebensrecht der Nationalitäten in den europäischen Staaten, sprach der langjährige Vertreter der Deutschen Nordschleswigs, Pastor Schmidt-Wodder. Er ging davon aus, daß Europa, wenn es Bestand haben wolle, sich zu der vorhandenen Vielfalt seiner Völker und Volksteile bekennen müsse. Ein Volk, das ein anderes unterdrücke oder zu assimilieren versuche, verstoße gegen das Gesetz, nach dem es selbst geworden sei. Die mehr oder weniger gewaltsame Assimilierung fremden Volkstums schaffe innerlich verkümmerte oder gebrochene Menschen oder aber gefährliche Unruhestifter unter den Völkern.

Der Ungar Dr. von Deak (Jugoslawien) wies auf das Verlangen des Minderheitenschutzes insbesondere in den ehemals ungarischen Gebieten hin. Man müsse für dieses Verlangen die gleichen Sanktionen wie für andere Vertragsverletzungen fordern.

Die „Tribuna" zur Westkonferenz.

Rom, 16. September. In Besprechung der Antwort Italiens in bezug auf die Westkonferenz warnt die Tribuna in einem Leitartikel vor der „trostlosen Wiederholung ergebnisloser Konferenzen", wie man sie im letzten Jahrzehnt oft genug erlebt habe.

Vor der Festsetzung des Zeitpunkts der neuen Konferenz müsse, so erklärt das Blatt, die Zusammenkunft der europäischen Hauptmächte auf dem gewöhnlichen diplomatischen Wege in angemessener Weise vorbereitet werden. Das politische Leben Europas sei voller Widersprüche und Gegensätze, und alle Probleme, die erörtert, aber ungelöst geblieben seien, tauchten zwangsläufig am Horizont wieder auf. Neue Kräfte, die von dem Licht eines leuchtenden Ideals getragen seien, sprächen davon, daß die passive Verteidigung eines ewigen und unantastbaren Status quo ein eitles und widersinniges Unterfangen sei. Zwischen einer neuen Welt, die sich zu behaupten beginnt, und den alten Systemen, die zum Untergang bestimmt seien oder der Erstarrung verfallen, gebe es keinen Mittelweg mehr für einen Exhibitionismus der kollektiven Ohnmacht. Eine überstürzt einberufene Konferenz könnte diese Unfähigkeit nur von neuem bestätigen und nur die Wirkung haben, die Gegensätze zu verschärfen und Europa auf jene Sprache zu bringen, die die Ultima ratio darstelle, wenn sich die friedlichen Waffen als wirkungslos erwiesen haben. Wenn daher leichtfertige Eile nur schädigend wirke, so könnte andererseits auch die Verzögerungstaktik zu gleichen unabsehbaren Ergebnissen führen.

Die diplomatische Vorbereitung der neuen Konferenz müsse daher mit festem Willen in die Hand genommen werden. Viel nutzloser Ballast müsse noch über Bord geworfen werden, bevor das Feld von jenen Hindernissen frei sei, die sich sonst als unüberwindlich erweisen könnten. Wenn alle Staaten, so schließt das Blatt, nach dem Muster des Faschismus in gleicher Weise zur endgültigen Klärung der verschiedenen Probleme beigetragen hätten, so wäre die Periode der gefährlichen Krisen bereits entschieden überwunden.

„Giornale d'Italia" zur Zusammenarbeit im Donauraum.

Rom, 17. September. Im Hinblick auf die österreichisch-italienischen Besprechungen stellt Giornale d'Italia fest, daß der Besuch des österreichischen Staatssekretärs in Rom sich zwar unmittelbar an die Preßburger Tagung der Kleinen Entente anschließe, aber in keiner Weise damit in Verbindung gebracht werden könne und noch weniger ein Gegengewicht dazu bilde.

Die Römischen Protokolle, die mit dem österreichischen Besuch eine neue Bekräftigung erfahren habe, sei unabhängig von der Kleinen Entente mit der bewußten Absicht darauf abgestellt, dem Frieden und dem Gleichgewicht im Donauraum zu dienen. Mit ihnen sei die gerechteste und gedeihlichste Grundlage für die Anbahnung der Lösung des Donauproblems gelegt worden. Diese Grundlage habe heute als beherrschende politische Tatsache ihre volle Bedeutung. Es sei daher natürlich, daß sie unter Zusammenarbeit aller interessierten Teile vervollständigt werde. Die Ergänzungsprotokolle vom letzten Frühjahr hätten ergeben, daß Oesterreich und Ungarn trotz der in gegenteiliger Richtung gehenden Druckversuche nicht die Absicht hätten, den Rahmen der römischen Protokolle, die sich als natürliche Garantie für ihre politische und wirtschaftliche Sicherung erwiesen hätten, zu verlassen. Sie seien vielmehr entschlossen, ihre gemeinsame Front mit Italien zu festigen, indem sie eine wesentlich bestimmter gehaltene Verpflichtung einer gemeinsamen Politik in allen Problemen des Donauraumes eingingen. Die in Stresa ausgebeckte und von dem Sanktionskrieg weggefegte Idee eines allgemeinen Donauproblems erscheine erledigt, während die Beziehungen zwischen den Ländern, die, wie Italien und Oesterreich, ihre Freundschaft in den schlimmsten Zeiten erproben konnten, sich festigen.

Der Ungarn-Blick sei dunkler als je; wenngleich die politischen Mißstände auf dem Kontinent heute nicht unmittelbar vom Donauraum ausgingen, so sei doch sicher, daß auch diese empfindliche Zone von diesen Erscheinungen nicht verschont bleibe. Oesterreich und Ungarn hätten bereits die Gefahr der unter Utopien und unverantwortlicher Nachsicht heranreifenden Auflösung durch jene innere Macht zu überwinden verstanden. Die Meinungsverschiedenheiten, die sich in dieser Hinsicht in Preßburg innerhalb der Kleinen Entente zeigten, bestätigten das Vorhandensein solcher Einflüsse bei ihren Nachbarstaaten von Oesterreich und Ungarn. Gegenüber dieser unklaren Stunde hätten nun die verantwortlichen Staaten, die in der Lage seien, eine nationale Kollektivität zu verkörpern, drei Aufgaben: sich zu rüsten und wappnen, ihre politischen Ziele bis in jeden Winkel zu klären und die Reihen mit bewährten Freunden zu schließen.

Ungarische Blätter gegen den Weltbolschewismus.

Budapest, 16. September. Die Erklärungen des sozialdemokratischen jüdischen Abgeordneten Propper, der in einer Budapester Komitatssitzung die Sympathien der sozialdemokratischen Partei für die kommunistische Volksfrontregierung zum Ausdruck brachte, haben in der gesamten ungarischen Oeffentlichkeit einen wahren Sturm der Empörung ausgelöst und geben den Regierungsblättern und der Rechtspresse Veranlassung, in schärfster Form gegen die Agitationen jüdisch-kommunistischer Elemente Stellung zu nehmen. Die Ausführungen des jüdisch-sozialdemokratischen Abgeordneten wurden von der Versammlung mit den Rufen „Mörder, Vaterlandsverräter, Kirchenräuber" unterbrochen, wobei es fast zu schweren Handgreiflichkeiten kam.

Das Blatt des Ministerpräsidenten Gömbös, **Zugszetlenseg**, spricht von einem ernsten Warnungsruf an die christliche nationale Bevölkerung Ungarns, die sich jetzt im Kampfe gegen den öffentlichen Feind der europäischen Kultur zusammenschließen müsse.

Der national-bolschewistische **Uj Magyarsag** weist darauf hin, daß in letzter Zeit in verschiedenen Industriebezirken Unruhen wahrzunehmen seien. Nach allen Feststellungen hätten sich kommunistische Elemente unter die Arbeiterschaft gemischt und hätten diese zu unverantwortlichen Handlungen auf.

Der katholische **Uj Nemzedek** vermahnt sich im Tone höchster Empörung gegen das Vorgehen der hiesigen Sozialdemokraten und schreibt: „Schluß mit diesen Herausforderungen von Seiten einer Minderheit, die die schwer verdienten Heller gutgläubiger christlicher Arbeiter ausnützt. Die verblendete Lügenhaftigkeit und empörende Arroganz, mit der die jüdisch-sozialdemokratischen Abgeordneten es wagen, das Treiben der blutrünstigen Horden in Spanien als nationalen Selbstschutz und verfassungstreuen Freiheitskampf hinzustellen, ist nicht länger zu ertragen."

Während die Regierungspresse und sämtliche katholischen Blätter täglich gegen die Gefahr des Weltbolschewismus mobil machen und zur Sammlung aller christlichen Kräfte der Welt zum Kampfe gegen den Bolschewismus aufrufen, bringt der jüdisch-liberale **Pester Lloyd** einen Madrider Bericht, der unverhohlen gegen die nationale Bewegung in Spanien und für die kommunistische Madrider Regierung Stellung nimmt. Diese Haltung des „Pester Lloyd" hat in nationalen Kreisen lebhafte Empörung hervorgerufen.

Französisches Expeditionsschiff bei Island vernichtet.

Kopenhagen, 16. September. Das Grönlandamt erhielt am Mittwoch abend vom Sender Storesby-Radio (Grönland) einen Funkspruch, wonach das französische Expeditionsschiff „Pourquoi Pas" am Mittwoch während eines schweren Eissturms an der Küste von Island völlig zerstört wurde und die gesamte Besatzung mit Ausnahme eines einzigen Teilnehmers ertrunken ist. Bisher sind 21 Leichen an Land gespült worden, darunter die des bekannten französischen Forschers Dr. Charcot. Von der gesamten Besatzung, die nach Angaben des französischen Konsulats etwa 40 Mann stark war, ist nur ein einziges Mitglied namens Eugene Gonidec mit dem Leben davongekommen.

Gonidec gab über den Hergang der Katastrophe folgende Darstellung:

Wegen des Sturmes machte das Schiff eine halbe Wendung bei Reykjanes und wollte im Hafen von Reykjavik Zuflucht suchen. Es verlor jedoch den richtigen Kurs und strandete morgens um 5,30 Uhr. Rettungsboote konnten nicht ausgesetzt werden, da das Meer zu aufgewühlt war und die Wogen das Deck überspülten und zu allem Unglück auch noch der Dampfkessel explodierte. Die Besatzung legte Rettungsgürtel an und Mann für Mann wurde vom Meere verschlungen.

Das dänische Marineinspektionsschiff „Hvidbjoernen" teilt mit, daß die Unglücksstelle an der Klippen vor dem Borgarfjord bei Reykjavik liegt. Dort befindet sich außer dem genannten Inspektionsschiff auch das Inspektionsschiff „Aegir". Das Motorschiff aus Akranaes hat vergeblich unter den Trümmern des französischen Schiffes nach Ueberlebenden gesucht. Die Katastrophe ereignete sich während eines Südweststurmes.

Notgeld in Bilbao.

St. Jean de Luz, 17. September. In Bilbao haben die roten Behörden Notgeld eingeführt.

Enthüllungen über Moskaus Wühlarbeit in Belgien.

Brüssel, 16. September. Der Nation Belge ist es gelungen, in den Besitz von Richtlinien zu gelangen, die der belgischen kommunistischen Partei von der kommunistischen Internationale in Moskau für die Durchführung ihrer bolschewistischen Umtriebe in Belgien kürzlich erteilt wurden.

Bei dem Schriftstück, das dem Blatt von unzufriedenen kommunistischen Elementen in die Hände gespielt worden ist, sind das in Brüsseler politischen Kreisen beträchtliches Aufsehen erregt, handelt es sich um eine Stellungnahme der Komintern zu einem Tätigkeitsbericht der belgischen Sektion der Komintern über die letzten Parlamentswahlen in Belgien und die von kommunistischer Seite angezettelten Streiks, die im Juni in ganz Belgien ausgebrochen sind. Das Schriftstück wirft ein neues Licht auf die Taktik und die Methoden, deren sich Moskau in einzelnen Ländern bedient, um seine internationale Wühlarbeit zum Ziele zu führen.

Die Moskauer Zensoren machen in ihrer Kritik der belgischen Partei bittere Vorwürfe darüber, daß die sozialen Ergebnisse der Streiks nicht so glänzend gewesen seien wie bei den Streiks in Frankreich. Ein Lob wird ihnen aber trotzdem für die schmieigsame Taktik" zuteil, die sie angewandt hätten. Die belgische kommunistische Partei habe, so erklärt Moskau, durchaus begriffen, daß es sich nicht um „rein wirtschaftliche Streiks" gehandelt habe, um eine bessere soziale Gesetzgebung in Belgien zu erzielen, sondern daß das Hauptziel die Schaffung einer „Confusen und trüben Lage" gewesen sei, um in Belgien das System der Volksfront zu Durchführung zu bringen. Moskau betont in diesem Schriftstück weiter, die Streiks hätten ein Ziel von großer Bedeutung insofern vermirklicht, als dadurch „das moralische Prestige" der Kommunisten zum Schaden der Rexbewegung in den Augen der Arbeiter erhöht worden sei.

Es folgen eine Reihe von Anweisungen Moskaus an die belgische kommunistische Partei, um die wirtschaftlichen Ergebnisse der Streiks für die Zukunft zu festigen. Mit besonderem Nachdruck wird den belgischen Kommunisten dann aufgetragen, um das Ziels der Volksfront willen alle heftigen Angriffe gegen die belgische sozialistische Arbeiterpartei und ihre Führer zu unterlassen. Das wichtigste Ziel bleibe die Herstellung einer Einheitsfront in Erwartung der Bildung einer Volksfront. Diese Taktik sei für Belgien um so angebrachter, als im Gegensatz zu Frankreich die Kommunisten in Belgien bedeutend schwächer seien als die Sozialisten. Deshalb müßten den Sozialisten Zugeständnisse gemacht werden.

Nach einer Kritik an den während der letzten Streiks angewandten Kampfmethoden, bei denen es aus taktischen Gründen gebilligt wird, daß in Belgien die Methode der Fabrikbesetzungen nicht angewandt worden sei, erklärt der Bericht es in einem Ausblick in die Zukunft als noch für zu früh, schon jetzt den Zeitpunkt für einen großen Generalstreik in Belgien zu bestimmen. Dazu sei erst eine „sehr ernste Prüfung" der Lage notwendig. Man müsse sehen, ob auch „die psychologischen Voraussetzungen" für einen solchen Generalstreik günstig seien und ob nicht vielleicht ein „neues internationales Ereignis" sich biete, um eine solche Bewegung in Belgien zu beginnen.

Eine besondere Anerkennung wird in der Kritik Moskaus dem „Internationalen Marineklub" in Antwerpen gewidmet, der stets das bevorzugte Instrument der Komintern in Westeuropa gewesen ist und der seine revolutionäre Tätigkeit insbesondere bei jen im vorigen Jahre von der ersten Regierung van Zeeland vorgenommenen Aufhebung der diplomatischen Beziehungen zwischen Belgien und der Sowjetunion verstärken konnte. Dem Klub wird lediglich vorgeworfen, daß er der flämischen Frage zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt habe. Es wird ihm empfohlen, mehr Literatur in flämischer Sprache an die Dockarbeiter zu verteilen.

Verantwortlich: Kurt Schwertfeger, Berlin-Wilmersdorf.
Druck und Verlag: Deutsches Nachrichtenbüro G. m. b. H., Berlin.